

Senatsbeschluss

über die 189. Sitzung des Senats

am 11.12.2018, 11:15 Uhr

- 4612.) "Wie steht es um die Umsetzung des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes (BremWoSchG)?"
(Anfrage der Fraktion der FDP - S 02)
(Vorlage 2573/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2573/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 wird nach dem Wort „Ende“ das Wort „April“ eingefügt.

- 4613.) "Klimafreundliche Erzeugung der Essensangebote in öffentlicher Gemeinschaftsverpflegung in Bremen vorantreiben!"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 03)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 07.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 7. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4614.) "Barrierefreiheit im Forum Am Wall endlich gewährleistet?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 05)
(Vorlage 2569/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2569/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4615.) "Digitales Testfeld in den bremischen Häfen"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 06)
(Vorlage 2557/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2557/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Die Vorbemerkung wird ersatzlos gestrichen.
- Die Überschrift „Zu Frage 1:“ wird in „Zu den Fragen 1 und 2“ und „Zu Frage 2:“ in „Zu Frage 3:“ geändert.

4616.) "Wie viele Menschen wurden seit Anfang des Jahres abgeschoben"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 17)
(Vorlage 2579/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2577/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4617.) "Mögliche Standorte die Wagenburg-Crew Ölhafen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 08)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 10.12.2018
und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom
11.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 11. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4618.) "Anmeldeverfahren für das erste Schuljahr"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 09)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 03.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 3. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 2 erhält der erste Absatz die folgende Fassung:

„Der Ablaufplan 2019/2020 für den Schulbereich wurde zeitlich derart geändert, dass die Zusagen, sowohl für die Schulplätze als auch für die Ganztagsplätze im offenen Ganztage, spätestens Anfang Februar 2019 zentral über die Behörde verschickt werden können. Dies wirkt sich positiv auf den zeitlichen Beginn des Zusageverfahrens im Hort-Bereich Anfang März 2019 aus und wurde entsprechend positiv seitens der Träger aufgenommen. Eltern wissen also vor einer möglichen Annahme eines Hortplatzes, welches schulische Angebot ihnen zur Verfügung steht.“

– Die Antwort auf Frage 3 erhält die folgende Fassung:

„Ja, im Zusammenhang mit der geplanten Einführung eines Online-Anmeldeverfahrens für die Kindertagesbetreuung zum Regelverfahren für das Betreuungsjahr 2020/21 und den damit einhergehenden Veränderungen in Bezug auf die behördlichen und einrichtungsbezogenen Verwaltungsprozesse, wird eine ideale Abstimmung der beiden Anmeldephasen im Schul- und Hort-Bereich angestrebt.“

4619.) "Ridesharing – eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 10)
(Vorlage 2570/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2570/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4620.) "Moscheen im Fokus des Verfassungsschutzes"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 11)
(Vorlage 2572/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2572/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 erhält der zweite Satz die folgende Fassung:

„Laut Auskunft der Schura werden in der Stadt Bremen derzeit insgesamt 31 Moscheen und Gebetshäuser von allen islamischen Einrichtungen vorgehalten.“

4621.) "Hinweistafel zum 'Lichtbringer'"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 13)
(Vorlage 2562/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2562/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4622.) "Ist das Gymnasium Horn baulich fit für die Inklusion?"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 14)
(Vorlage 2578/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2578/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4623.) "Nachnutzung des "Blauen Dorfes" in Vegesack"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 15)
(Vorlage 2580/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2580/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4624.) "Übergriffe auf Obdachlose"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut – L 01)
(Vorlage 2571/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2571/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4625.) "Schüler ohne Aufenthaltsgenehmigung"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 02)
(Vorlage 2567/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2567/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird am Ende des letzten Satzes das Wort „wird“ ersatzlos gestrichen.

4626.) "Anfrage doppelte Staatsbürgerschaft"
(Gruppe BÜRGER IN WUT - L 03)
(Vorlage 2556/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2556/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung:

Unter „D. Finanzielle...“ werden nach dem Wort „sind“ die Worte „von der Rechtslage“ eingefügt.

- 4627.) "Ungeklärte Mordfälle im Land Bremen?"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 04)
(Vorlage 2566/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2566/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4628.) "Entlastung der Gerichte durch Online Gerichtsverfahren"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 05)
(Vorlage 2559/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2559/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4629.) "MEZIS e. V. Mein Essen zahl ich selbst – Initiative unbestechlicher Ärztinnen und Ärzte"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 06)
(Vorlage 2555/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2555/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung:

In der Antwort auf Frage 3 wird das Wort „vorbildlich“ ersatzlos gestrichen.

- 4630.) "Werden von der WFB Gewerbeflächen in Bremerhaven vermittelt, wenn die Flächen in Bremen knapp sind?"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 07)
(Vorlage 2574/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 11.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 11. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4631.) "Brexit-Übergangsgesetz - Folgt Bremen dem Vorbild Niedersachsens?"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 08)
(Vorlage 2561/19 und Neufassung der Vorlage der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 06.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 6. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4632.) "Bundeshilfe für Ganztagschulen und Horte gestrichen"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 10)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 05.12.2018 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 10.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 10. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft
(Landtag) zu.

- 4633.) "Sanktionen gegen Kinder und junge Menschen im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 11)
(Vorlage 2575/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2575/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4634.) "Junge Menschen im Land Bremen ohne Berufsausbildung"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 12)
(Vorlage 2584/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2584/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4635.) "Wie werden Aus- und Weiterbildungsangebote in der Altenpflege
angenommen?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 13)
(Vorlage 2563/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2563/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4636.) "Wird allen unbegleiteten Geflüchteten das Recht auf Schule gewährt?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 14)
(Vorlage 2581/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 06.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 6. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 werden im letzten Satz die Wörter „anderen Jugendämtern“ in „den fallführenden Jugendämtern“ geändert.

- 4637.) "Leerstehende Flüchtlingsunterkünfte im Land Bremen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 15)
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 10.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 10. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

An das Ende der Antwort auf Frage 1 wird der folgende Satz angefügt:

„Einzelangaben können öffentlich aus Gründen des Schutzes der Belange privater Vermieter nicht gemacht werden. Dem Haushalts- und Finanzausschuss wurden in vertraulicher Sitzung detaillierte Angaben gemacht, die von Abgeordneten eingesehen werden können.“

- 4638.) "Wann kommt das vereinfachte Verfahren bei der Einfuhrumsatzsteuer?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 16)
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 06.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 6. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4639.) "Wie viele Menschen wurden seit Anfang des Jahres abgeschoben"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 17)
(Vorlage 2577/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2577/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4640.) "Wohnungseinbrüche in der dunklen Jahreszeit"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 18)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 10.12.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 10. Dezember 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4643.) "Eine "Europäische Universität" in Bremen?"
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD)
(Vorlage 2551/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2551/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 6. November 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4644.) "Pappelfällung am Bultensee: Fledermaus-Schutz gewährleistet?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der DIE LINKE)
(Vorlage 2552/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2552/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4645.) "Gemälde und Zeichnungen von Clifford Holmead Phillips ("Holmead") –
Zustiftungsvertrag mit der Buchheim Stiftung"
(Vorlage 2553/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2553/19 dem Abschluss des Zustiftungsvertrages mit der Buchheim Stiftung gemäß der Vorlage zu.

- 4646.) Anpassung Ortsgesetze der Eigenbetriebe aufgrund der EU-Datenschutz-Grundverordnung (Vorlage 2554/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2554/19 den Entwurf des Ortsgesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Kultur an die europäische Datenschutz-Grundverordnung´ und dessen Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 4647.) Bundesratsinitiative zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Hafenanlagen (Hafenanlagenbeschleunigungsgesetz) (Vorlage 2558/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2558/19, die Einbringung des „Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Hafenanlagen (Hafenanlagenbeschleunigungsgesetz)“ in den Bundesrat zu beantragen.
2. Der Senat stellt fest, dass im Entwurf des Einleitungstextes zum Gesetzesantrag unter „A. Problem und Ziel“ im zweiten Satz des zweiten Absatzes in dem Verweis § 48 Abs. 1 VwGO die Satzangabe wie folgt ergänzt wird: „§ 48 Abs. 1 S. 1 Nr. 9“

- 4648.) "25 Jahre Geldwäschegesetz in Deutschland, ein Grund zu feiern?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2560/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen vom 11.12.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 11. Dezember 2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der letzte Absatz der Antwort auf Frage 4 wird wie folgt ersetzt:

„Die eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung werden intensiv beobachtet. Sollte sich keine signifikante Verbesserung einstellen, wird der Senat die Sichtweisen und Anregungen der FATF in den dann folgenden Beratungen über entsprechende Entwürfe zu Diskussion stellen und ggf. die Rückverlagerung der Aufgaben der FIU an das Bundeskriminalamt anregen.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4649.) Beitritt Bremens zur Initiative Solidarity Cities
(Vorlage 2564/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2564/19 den Beitritt Bremens zur Initiative Solidarity Cities.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Abstimmung mit der Senatskanzlei den Beitritt Bremens zur Solidarity Cities Initiative in die Wege zu leiten.

4650.) Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2565/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2565/19 den Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung in der Dezember-Sitzung.

4651.) Reform der Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen und Auswirkungen auf das Land Bremen
(Vorlage 2568/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2568/19 den dargestellten Sachstand der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem Verzicht auf eine vorzeitige Abgabe der Aufgaben Planung und Bau der Autobahnen zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Abgabe der Bundesstraßen der FHB zum 01.01.2021 an die Bundesverwaltung bis zum 31.12.2018 zu beantragen.
3. Der Senat stimmt der Abgabe der Anhörungs- als auch der Planfeststellungsbehörde für Bundesfernstraßen zum 01.01.2021 zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dies dem Bund mitzuteilen.

4. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Gespräche mit dem Bund zur perspektivischen Ausrichtung der Autobahnmeisterei Hemelingen und der Verkehrsmanagementzentrale fortzuführen.
5. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, ihn zu geeigneter Zeit erneut über den Fortgang der Reform zu berichten.

4652.) Tagesordnung der 973. Sitzung des Bundesrates am 14.12.2018

Beschluss:

1. Der Senat fasst die folgenden Beschlüsse:

001	Wahl des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses
Beschluss:	Wahl gemäß Vorschlag (StMin Aiwanger/BY) = Zustimmung zu Drs. 566/18
<hr/>	
002	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 585/18
<hr/>	
003	Zehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 586/1/18 sowie: Abgabe einer Plenarprotokollerklärung
<hr/>	
004	Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 605/1/18
<hr/>	
005	Erstes Gesetz zur Änderung des Fleischgesetzes
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 587/18

006	Gesetz zur Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes und milchrechtlicher Bestimmungen sowie zur Aufhebung der Rindfleischetikettierungs-Strafver-ordnung
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 588/18

007	Gesetz zur Neuordnung des Tierzuchtrechts
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 596/18

008	Viertes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes
Beschluss:	Anrufung des Vermittlungsausschusses und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 598/1/18

009	Gesetz zur Anpassung von Finanzmarktgesetzen an die Verordnung (EU) 2017/2402 und an die durch die Verordnung (EU) 2017/2401 geänderte Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 589/18

010	Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds ""Deutsche Einheit""
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 606/1/18

011	Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungs-neubaus
Beschluss:	Enthaltung zur Zustimmung zum Gesetz und zum Fassen einer EntschlieÙung = Enthaltung zu Drs. 607/1/18

012	Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens ""Digitale Infrastruktur""
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 608/18

013	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beauf-sichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Alters-versorgung (EbAV) (Neufassung)
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 609/18
014	Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch - Beitragssatzanpassung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 610/18
015	Gesetz zur Förderung der Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie zur Neuregelung verschiedener Aspekte des Internationalen Adoptions-rechts
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 590/18
016	Gesetz zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 591/18
017	Gesetz zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 611/18
018	Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 612/18
019	Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Anwesenheit in der Verhandlung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 613/18
020	Gesetz zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Europäischen Emissionshandels
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 592/18

021	Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energie-rechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses, Fassen einer EntschlieÙung, Beitritt zu einer Protokollerklärung = Zustimmung zu Drs. 614/1/18 Beitritt zur Protokollerklärung NI

022	Gesetz zur ergänzenden Regelung der statistischen Verwendung von Verwaltungsdaten und zur Regelung der Übermittlung von Einzelangaben zu multinationalen Unternehmensgruppen an statistische Stellen
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 615/18

023	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) Berlin (U),Hamburg (U),Thüringen (U),Brandenburg (U), Bremen (B)
Beschluss:	- - <i>Beschluss vom 24.04.2018:</i> <i>1. Freie Hand zur ggfls. sofortigen Sachentscheidung</i> <i>2. Einbringung des Gesetzesentwurfs</i> <i>= 1. freie Hand zur ggfls. sofortigen Sachentscheidung</i> <i>2. Zustimmung zu Drs. 115/18</i>

024	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes (Studien- und Prüfungszeit im Studiengang ""Rechtswissenschaft mit Abschluss erste Prüfung"") Nordrhein-Westfalen (U) (Drs. 616/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

025 a	Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der fünfunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Baden-Württemberg (U)
Beschluss:	Freie Hand mit Tendenz Enthaltung zur Frage der Zuleitung der Verordnung und zum Fassen einer EntschlieÙung = Freie Hand mit Tendenz Enthaltung zu Drs. 604/18

025 b	Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 575/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 17
	Bremen wird einer Erhöhung der Grenzwerte ablehnend gegenüberstehen.

025 c	Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern und freie Hand mit Tendenz Enthaltung zu zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 574/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu der Ziffer 1 und Ablehnung der Ziffer 7 sowie Freie Hand mit Tendenz Enthaltung zu den Ziffern 5 und 6

026	EntschlieÙung des Bundesrates – Teilhabeverfahrens-bericht nach Sozialgesetzbuch (SGB IX) Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 41) Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Fassen der EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 570/18

027	EntschlieÙung des Bundesrates - Streichung der Importförderklausel für Arzneimittel im Fünften Buch Sozialgesetzbuch Brandenburg (U)
Beschluss:	Fassen der EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 578/18

028	EntschlieÙung des Bundesrates ""Fahrgastrechte stärken - Entschädigungsansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Verspätungen und Ausfällen im Flug- und Bahnverkehr automatisieren"" Saarland (U)
Beschluss:	Fassen der EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 571/18

029	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 547/18
<hr/>	
030	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des BDBOS-Gesetzes
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 548/18
<hr/>	
031	Entwurf eines Gesetzes zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 549/18
<hr/>	
032	Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2016
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 553/18
<hr/>	
033	Verordnung zur Änderung eier- und fleischhandelsrechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 543/1/18
<hr/>	
034	Vierundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Weinverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 544/1/18
<hr/>	
035	Erste Verordnung zur Änderung der Schweinepest-Verordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 556/1/18
<hr/>	
036	Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 550/18
<hr/>	

037	Verordnung zur Einführung der Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen sowie zur Änderung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe ohne einige Ziffern und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 551/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 2 sowie Enthaltung zu den Ziffern 5, 10, 15, 21, 23, 24, 33, 35, 44, 46, 47, 48, 50, 53, 57, 58 und 59
038	Benennung eines Mitglieds für den Eisenbahninfrastrukturbeirat
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (StMin Dr. Reichhart/BY) = Zustimmung zu Drs. 601/18
039	Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (StMin Aiwanger/BY als Mitglied, StS Weigert/BY als Stellvertretendes Mitglied) = Zustimmung zu Drs. 602/18
040	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von ÄuÙerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 584/18 und zu zu Drs. 584/18
041	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 143e)
Beschluss:	Anrufung des Vermittlungsausschusses = Zustimmung zu Drs. 622/1/18 Freie Hand zum EntschlieÙungsantrag aus Rheinland-Pfalz
042	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Inte-gration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthalts-gesetz) Schleswig-Holstein (U) Drs. 621/18
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

043 Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates
in Beratungsgremien der Europäischen Union
Beschluss: Neubenennung gemäß Vorschlag (siehe
Drucksache)
= Zustimmung zu Drs. 500/18

mögliche Aufsetzung

xxx Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des
straf-rechtlichen Schutzes von Kindern
Hessen (U)
Beschluss: - -
(Aufsetzung erfolgt für Redebeitrag, sodann
Fortführung der Ausschussberatungen)

mögliche Fristverkürzungsbitten

xxx Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur
Teilhabe in der Kindertagesbetreuung
Beschluss: **Freie Hand mit Tendenz Zustimmung**

xxx Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister
einzutragenden Angaben
Beschluss: **Freie Hand**

2. Der Senat stellt fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau
Bürgermeisterin Linnert und Frau Staatsrätin Hiller an der Sitzung des
Bundesrates teilnehmen werden.

4653.) "Von Dortmund lernen und die Potentiale von Freier Software im Land
Bremen systematisch untersuchen"
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD)
(Vorlage 2576/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ der zweite Satz wie
folgt neu gefasst wird:

„Durch die Beantwortung der Anfrage sind Männer und Frauen
gleichermaßen betroffen. Genderbezogene Erkenntnisse im Sinne der
Fragen liegen nicht vor.“

2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2576/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 6. November 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4654.) Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2018
(Vorlage 2582/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 10.12.2018)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 10. Dezember 2018 den Bericht über die sonstigen Sondervermögen zum 30. September 2018 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

4655.) Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar – September 2018
(Vorlage 2583/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2583/19 den Controllingbericht zum Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2018 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) zur Zustimmung und Einholung der erforderlichen Ermächtigungen zur haushaltsrechtlichen Umsetzung der Ausgleichs- und Finanzierungsvorschläge Nr. 2 bis 4 weiterzuleiten.
2. Der Senat stimmt in Ergänzung zu dem vom 6. November 2018 beschlossenen Lösungskonzept dem von der Senatorin für Finanzen aufgezeigten Ausgleich des Liquiditätsbedarfes im Produktplan 51 Gesundheit im Zusammenhang mit den Krankenhausstrukturfonds in

Höhe von 3,348 Mio. € im Haushalt des Landes sowie dem dargelegten produktplaninternen Ausgleich im Produktplan 12 Sport in Höhe von 0,310 Mio. € und der erforderlichen Sperrenaufhebung in Höhe von 3,400 Mio. € im Bereich der Kindertagesbetreuung im Produktplan 21 Kinder und Bildung im Haushalt der Stadtgemeinde zu.

3. Der Senat stimmt der von der Senatorin für Finanzen vorgeschlagenen Finanzierung zur Deckung der voraussichtlichen Mehrausgaben bei den Ausgaben für Lehrpersonal in Bremerhaven im Produktplan 21 Kinder und Bildung in Höhe von insgesamt 3,200 Mio. € sowie dem dargelegten produktplaninternen Ausgleich der erwarteten Personalmehrausgaben im Produktplan 11 Justiz in Höhe von insgesamt 2,300 Mio. € im Haushalt des Landes zu.
4. Der Senat stimmt einem Ausgleich der Versorgungsmehrausgaben des Landes Bremen innerhalb des Produktplans 92 – Allgemeine Finanzen - in Höhe von rund 4,500 Mio. € zum Jahresende zu.
5. Der Senat bittet diejenigen Produktplanverantwortlichen, in denen Klärungsbedarfe bei der rechnerischen Überschreitung des Finanzierungssaldos bestehen, ihre Verfahren zur Ermittlung der Prognosen zum voraussichtlichen Haushalts-Soll und zum voraussichtlichen Ist in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen spätestens bis zum Controlling 1-4/2019 zu überprüfen und hierüber in dem ersten Controllingbericht 2019 zu berichten.
6. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass in der Senatsvorlage die Überschrift „2. Lösung“ in „B. Lösung“ geändert wird.

4657.) Finanzierung der Betriebskosten für Angebotsverbesserungen im Bus- und Straßenbahnverkehr in 2019
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 10.12.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 903 T€ mit einer Abdeckung i.H.v. 393,6 T€ in 2020 und 509,4 T€ in 2021 zu, damit die BSAG bereits in 2018 Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Netzanpassung eingehen kann (Erhöhung des Ausgleichsbetrages an die BSAG) und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderliche haushaltsmäßige Ermächtigung einzuholen.
2. Der Senat stimmt einer Vorbelastung des Haushalts 2020 in Höhe von 393,6 T€ und des Haushalts 2021 in Höhe von 509,4 T€ für eine Erhöhung des Ausgleichsbetrages an die BSAG im Zusammenhang mit der Ausweitung des Linienangebotes zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme möglichst innerhalb der gemäß Finanzplanung 2017/21 bereits befassten Orientierungswerte prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflusst.
4. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die entsprechende Änderung des ÖDLA mit der BSAG durch den ZVBN zu veranlassen.